ANTRAG

*Antragsteller*in:* *Gabriel Paulus, Oleksa Woloschtschuk, Marvin Feigl, Doris Gherasim*

Tagesordnungspunkt: *12.c. Allgemeine Anträge*

A3: Demography is destiny - für einen liberalen Pronatalismus!

Antragstext

Demography is destiny - und niedrige Geburtenraten drohen, zum gefährlichsten globalen Supertrend des 21. Jahrhunderts zu werden.

Die Geburtenrate in Österreich und der EU befindet sich auf einem historisch niedrigen Niveau. Diese Entwicklung muss ausgebremst werden. Dabei darf das Thema nicht von ideologischen Extrempositionen vereinnahmt werden, die Freiheit einschränken oder gesellschaftliche Spaltungen vertiefen. Nur breiter gesellschaftlicher Konsens und die Wahrung der Freiheit des Einzelnen wird eine nachhaltige Trendwende erlauben. Daher müssen wir auf positive Anreize und Bewusstseinsbildung setzen, um eine freie und familienfreundliche Zukunft zu gestalten.

Der globale Einbruch

Wie steht es um die Geburtenzahlen in Österreich, Europa und global? In Österreich liegt die Geburtenrate im Jahr 2024 bei ca. 1,32 Kindern pro Frau,[1] weit unterhalb des für den Bevölkerungserhalt nötigen Wertes von 2,1. Dies spiegelt die allgemeine Lage in Europa wieder, wobei auch viele Länder mit traditionell höheren Geburtenraten wie die Türkei (1,5)[2] und Indien (1,9)[3] ähnliche Rückgänge verzeichnen. Derzeit entsteht 90% des globalen BIP - und wohl auch der globalen Innovation - in Ländern mit einer Geburtenrate unter 2.[4] Besonders bedrohlich ist vor allem auch die Geschwindigkeit des globalen Geburteneinbruchs: So fiel allein zwischen 2015 und 2023 die Geburtenrate in Chile von 1,78 auf 1,14, in Großbritannien von 1,79 auf 1,45, in Argentinien von 2,24 auf 1,35 oder in Südkorea von 1,24 auf 0,72.[5] Eine Trendumkehr ist nicht in Sicht. Hingegen werden höhere Geburtenüberschüsse nach wie vor insbesondere in Sub-Sahara-Afrika sowie Zentralasien verzeichnet.

Risiken und Auswirkungen einer niedrigen Geburtenrate

Eine niedrige Geburtenrate bedroht langfristig die ökonomische Stabilität und Innovationskraft einer Gesellschaft. Für Europa geht es nicht nur um die Finanzierbarkeit von Rentensystemen, sondern auch um die Frage, ob unsere Gesellschaft in der Welt politisch, wirtschaftlich und militärisch bestehen kann. Während sich im Jahre 1900 der Anteil Europas an der Weltbevölkerung noch auf 25% belief, wird dieser bereits im Jahr 2050 voraussichtlich auf unter 7,5% sinken.[6]

- Es ist klar, dass niedrige Geburtenraten in der EU in keinem Fall durch mehr Einwanderung kompensiert werden können. Zum einen wird sich der Mangel an Menschen allein in Europa auf hunderte Millionen Menschen belaufen. Auch in anderen Ländern/Regionen mit sehr niedrigen Geburtenraten wie der VR China, Westasien oder dem gesamten amerikanischen Kontinent wird der wirtschaftliche Druck zur Aufnahme größerer Zahlen von Einwanderern oder temporären Arbeitskräften steigern, während die Länder mit Arbeitskräfteüberschuss immer weniger werden.

- Darüber hinaus ist anzuerkennen, dass die Aufnahme einer kritischen Anzahl an Einwanderern, insbesondere jenen aus kulturell weiter entfernten Regionen, in Europa bereits jetzt zu großen politischen Spannungen führt und weder als wirtschaftlich noch gesellschaftlich nachhaltig betrachtet werden kann.

- Im Ergebnis ist die Tendenz eines globalen Bedeutungsverlusts liberaler Demokratien und Bevölkerungsgruppen vis-à-vis “konservativerer” und kinderreicherer Länder und Bevölkerungsgruppen sowohl global als auch landesintern anzuerkennen.

Maßnahmen für eine demographische Erneuerung

Wir setzen uns dafür ein, Maßnahmen zur Förderung der Geburtenrate zu ergreifen, die auf wirtschaftliche Anreize und eine höhere gesellschaftliche Wertschätzung von Eltern abzielen. Anzuerkennen ist, dass die Geburtenrate in deutlich höherem Maß von gesellschaftlichen als von wirtschaftlichen Faktoren abhängig ist. Dennoch kann auch durch wirtschaftliche Anreize zumindest ein wichtiger, erster Schritt zur Ausbremsung des aktuellen Trends gesetzt werden. Langfristig ist jedoch eine höhere gesellschaftliche Anerkennung für Familien anzustreben.

Die Geburt eines Kindes bewirkt enorme positive Externalitäten für die Gesellschaft, leider aber hohe Kosten bei den Erziehungspflichtigen. Es ist die

Aufgabe liberaler Politik, diese Art von Marktversagen zu adressieren. Mögliche wirtschaftliche Maßnahmen zum Ausgleich dieses Ungleichgewichts sind z.B.

- Steuersenkungen und/oder Steuersplitting für beide Erziehungsberechtigten, z.B. nach französischem Vorbild. Dadurch soll insbesondere die arbeitende Mittelschicht entlastet werden;

- die Vergabe von großzügigen zinsfreien Wohnraumkrediten pro Kind, je nach örtlichen Umständen;

- der Ausbau von Betreuungsangeboten;

- Flexibilisierung (im weiteren Sinne) der Arbeitswelt, damit Eltern Beruf und Familie besser vereinbaren können, beispielsweise in Hinblick auf Elternkarenz, Home Office, Arbeitszeitflexibilisierung und weiteren. Dabei ist uns wichtig, dass Angebote gleichermaßen von Müttern und Vätern angenommen werden können. Generell sollen derartige Angebote die persönliche und unternehmerische Freiheit erhöhen.

Weitere nicht-wirtschaftliche Maßnahmen inkludieren:

- Aufklärung über Fertilität für junge Menschen, um eine realistische Erwartungshaltung hinsichtlich der eigenen Fertilität sowie der Chancen und Grenzen technischer Hilfsmaßnahmen zu schaffen. Studien zeigen, dass junge Menschen tendenziell ihre Fertilität stark überschätzen.[7]

- Eine allgemeine Bewusstseinsbildung über die Bedeutung dieses Themas für unsere Gesellschaft. Im Idealfall sollte dies auch zu einer höheren gesellschaftlichen Anerkennung für die Elternrolle, insb. für Mütter, führen. Es ist anzunehmen, dass der „kulturelle“ Faktor das größte Potenzial für eine demographische Trendwende bietet.

Wir lehnen konsequent Maßnahmen ab, die die individuelle Freiheit einschränken oder stark polarisierende moralische Debatten entfachen. Dies wäre z.B. bei Einschränkungen des Zugangs zu Abtreibungen, dem zwanghaften Versuch der Rückgängigmachung der erhöhten Arbeitsmarktintegration von Frauen oder der Benutzung historisch behafteter bzw auf sonstige Weise spalterischer Rhetorik der Fall. Solche Maßnahmen würden nur zu starken gesellschaftlichen Spaltungen und einer Gegenreaktion führen, die das eigentliche Ziel der Geburtensteigerung konterkarieren würde. Stattdessen müssen wir auf einen breiten gesellschaftlichen Konsens setzen, der die individuelle Freiheit vergrößert und positiv besetzt ist.

So zeigen Studien aus Spanien,[8] dass die gewünschte Anzahl an Kindern hoch genug ist, um eine stabile Bevölkerung zu gewährleisten. Das Ziel darf damit auf keinen Fall das „Aufdrängen“ einer Elternrolle in Fällen sein, in denen diese ausdrücklich nicht gewünscht oder möglich ist. Vielmehr ist es das Ziel, die Steine aus dem Weg räumen, die aktuell den Kinderwunsch oder den Wunsch nach einer höheren Kinderanzahl erschweren.

Für einen liberalen Pronatalismus!

Die Steigerung der Geburtenrate in der EU ist ein gemeinsames Interesse aller Menschen, die sich ein stabiles und starkes Europa wünschen. Unsere Vision ist eine Gesellschaft, die die Gründung und den Erhalt von Familien aktiv unterstützt, ohne dabei individuelle Freiheiten zu beschneiden. Ein liberaler Pronatalismus, der das Schaffen von Möglichkeiten und nicht das Einschränken von Rechten in den Vordergrund stellt, ist entscheidend – durch wirtschaftliche Anreize, kulturelle Wertschätzung und positive Zukunftsbilder. Nur so können wir langfristig wirtschaftliche Stabilität und sozialen Frieden sichern.

[1] https://de.statista.com/statistik/daten/studie/217432/umfrage/fertilitaetsrate-in-oesterreich/

[2] https://www.osw.waw.pl/en/publikacje/osw-commentary/2024-08-07/turkey-a-looming-demographic-crisis

[3] https://www.cia.gov/the-world-factbook/field/total-fertility-rate/

[4] https://x.com/MoreBirths/status/1793394520727429326

[5] https://x.com/MoreBirths/status/1821360554293825719

[6] https://www.theworldcounts.com/populations/continents/europe

[7] https://x.com/MoreBirths/status/1803038097636024594

[8] https://www.demographic-research.org/volumes/vol51/19/51-19.pdf